Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1925

16.9.1925 (No. 214)

Visual Library

№ 214 Mittwoch, den 16. September 1925 168. Jahrgang

Expedition: Karlfriedrich-Straße Nr. 14. Fernsprecher: Nr. 953 und 954 Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend, Karlsruhe.

Bezugspreis: Monatlich 3.— Goldmark einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, — Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 14 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifiester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlfriedrichstr. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

* Die wirtschaftliche Krisis

Das Schicksal gönnt unserem Volke keine Ruhe mehr. Ist durch den Abschluß des Dawesabkommens und durch die augenblicklichen, nicht aussichtslosen Verhandlungen über einen Sicherheitspakt die **allerschwerste** Sorge in außenpolitischer Hinsicht von uns genommen, ohne daß allerdings damit die ernsten Sorgen aufgehört hätten, so ist die **innerpolitische Lage** in den letzten Monaten so schwierig geworden, daß man **nur mit den größten Bedenken der nächsten Zukunft entgegensehen kann. Und** zwar ist es die Entwicklung unserer **wirtschaftspolitischen Lage,** welche diese schweren Bedenken hervorrufen muß.

Die wirtschaftliche Krisis, ihre Eigenart und ihre Bedeutung, sind in den letzten Monaten von uns häufig genug in Artikeln geschildert worden. Doch wird die einzig mögliche Schlußfolgerung aus dieser ganzen wirtschaftlichen Situation von großen Teilen unseres Volkes und zwar auch von sehr maßgebenden Teilen, leider noch nicht gezogen. **Wir stehen an der Scheidelinie.** Entweder gelingt es uns, in der nächsten Zeit der Krisis Herr zu werden, oder wir werden neue, womöglich katastrophale Erschütterungen erleben. Konkret gesprochen: entweder werden wir Ware oder Menschen exportieren müssen. Sollte aber auch dieser Export von Menschen nicht möglich sein, so werden wir neue Aderlässe im Innern, d. h. neue blutige Revolutionen, heraufbeschwören.

Die Situation erfordert von unserem Volke folgendes: **mehr Produktion und mehr Arbeit, billigere Preise und Anspruchslosigkeit auf allen Gebieten des Lebens.** Was den letzten Punkt betrifft, die Verringerung der Ansprüche ans Leben, so wird es dem kritischen Betrachter wirklich schwer, daran zu glauben, daß das Gros unseres Volkes den Ernst der Lage wirklich schon begriffen habe.

Es gibt noch weite Schichten unseres Volkes, die sich absolut nicht an die veränderten Verhältnisse, d. h. vor allem an die **Tatsache unserer Verarmung,** gewöhnen wollen, und hoffen, es könne so weitergehen, wie in gewissen Perioden des Krieges, der Revolutions- und Inflationszeit. Nur die wenigsten innerhalb dieser Schichten legen den Maßstab aus der Vorkriegszeit ihren Ansprüchen zugrunde, sondern sind der Ansicht, das dicke Verdienen, an das man sich in jenen Perioden einer völlig aus den Fugen geratenen Volkswirtschaft gewöhnt hatte, müsse für alle Ewigkeit anhalten.

Es hat keinen Zweck, jene Schichten mit Namen zu nennen. Das eigene Gewissen sagt es den Betreffenden ganz von selbst. Wer aber über diese Zusammenhänge noch nicht nachgedacht hat, der möge einmal ohne Verdunkelungskunststücke im stillen Kämmerlein **ehrlich** die Summe herausrechnen, die er im Jahre eingenommen hat, und sie mit seinem Einkommen aus dem der Zeit vor dem Kriege vergleichen. Und wenn er dann feststellen kann, daß er 30 bis 50 Prozent mehr verdient, dann kann er sehr zufrieden sein; denn dann braucht er, da sich ja sein Einkommen der Indexziffer anpaßt, unter der Tatsache der allgemeinen Verarmung kaum zu leiden. Wir befürchten aber, daß es — und zumal in den Kreisen des Handels — Leute genug gibt, die erheblich **mehr als 50 Prozent** über ihren Vorkriegs-Nettoverdienst im Jahr zusammenbringen.

Was das Volk in seiner Gesamtheit angeht, so ist es gewiß richtig, daß wir z. B. viel weniger Fleisch verzehren, als die Engländer. Dafür aber ist Deutschland das Land, in welchem **am meisten Bier und Likör** getrunken, **am meisten Kakao und Schokoladewaren** verzehrt, und **am meisten Zigaretten** geraucht werden. Und wenn man weiterhin an das manchmal geradezu aberwitzige Umsichgreifen von öffentlichen Festlichkeiten denkt und die gewaltigen Ausgaben berücksichtigt, die sich heute die Angehörigen der Vereine leisten, dann möchte man an der Vernunft und Einsicht unserer Volksgenossen glatt verzweifeln.

Gewiß ist alles bis jetzt noch leidlich gut gegangen, wenn auch einzelne Schichten des Volkes, so vor allem die Kleinrentner, bei dieser ganzen Entwicklung unter die Räder kamen. Aber der Zustand ist schon seit Jahren **krankhaft. Denn wir leben auf Pump! Wir arbeiten und produzieren nicht so viel, daß wir uns die Befriedigung der bisherigen Ansprüche leisten könnten.** Und, wenn die Dinge auch jahrelang leidlich gelaufen sind, so kommt doch einmal der Zeitpunkt, wo sich die Situation unheilbar verwirrt. Und wir stehen unmittelbar vor einer solchen Verwirrung.

Es liegt klar auf der Hand, daß das, was unser Volk in seiner Gesamtheit durch Arbeit produziert, in seinem Verdienstergebnis nicht imstande ist, die bisherige Lebenshaltung weiter aufrechtzuerhalten. Es ist nicht zu bestreiten, daß wir unter den jetzigen Umständen die gesamte Masse unseres Volkes **auf der bisherigen Grundlage** nicht ernähren können. Entweder muß diese Grundlage also schmäler, d. h. die allgemeine Lebenshaltung sparsamer und bescheidener werden, oder wir müssen erheblich mehr arbeiten, produzieren und exportieren.

Finanz- und wirtschaftspolitisch stehen wir heute vor der bereits schon wieder weit geöffneten Tür der **Inflation.** Waren die Preise schon im Anfang des Sommers in beunruhigender Weise gestiegen, so scheint die Tendenz zum Steigen jetzt überhaupt nicht mehr aufzuhalten zu sein. Und ob die Reichsregierung mit ihren beabsichtigten Preissenkungsaktionen Glück haben wird, das muß mit einiger Skepsis abgewartet werden. **Selbstverständlich würden Gehalts- und Lohnzulagen die Situation nur noch verschlimmern;** denn eine jede Lohnzulage würde benützt werden, um eine **neue Verteuerung** der Preise zu begründen. Und damit würden wir dann mitten im circulus vitiosus der Inflation drinstecken.

Die ganze Entwicklung der letzten Monate ist vollkommen verkehrt verlaufen. Während es einzig und allein **Preissenkungen und Preisverbilligungen** sind, die uns finanz- und wirtschaftspolitisch retten können, hat man allenthalben das Gegenteil davon, neue **Preissteigerungen,** beobachten können. Auch hier ist die Alternative ganz eindeutig gegeben: entweder gelingt es uns, die Lebensmittelpreise zu senken, oder wir müssen unweigerlich in den Strudel der Inflation hinein. Denn **bei diesen Preissteigerungen,** die übrigens noch lange nicht ihr Ende erreicht haben, **ist es den unteren und minderbemittelten Schichten des Volkes einfach unmöglich, auszukommen.**

An **Export** ist aber bei alledem natürlich nicht zu denken. Wir müssen billiger und qualitativ besser produzieren, als das Ausland. Es ist ausgeschlossen, daß der Inlandsmarkt allein die Mittel aufbringen kann, die zur Fortführung einer gesunden Volkswirtschaft und zur Erfüllung der Verpflichtungen auf dem Dawesabkommen nötig sind.

Wie kompliziert und verfahren die Dinge zurzeit sind, ergibt sich unter anderem aus der Tatsache, daß jetzt die Reichsregierung die **Kartellverordnung** verschärft und auf eine **Wiederherstellung des freien Wettbewerbs** hinarbeitet. Dabei steht diese wirtschaftspolitische Tendenz aber in diametralem Gegensatz zu jener anderen, antiliberalistischen und protektionistischen Tendenz, welche die Zollgesetzgebung dieses Sommers gebar. Es ist das ein Beispiel unter vielen. Es zeigt nicht nur, daß wir an sich noch immer in einer Periode schwieriger Übergänge leben, sondern daß es schier unmöglich ist, finanz- und volkswirtschaftlich den richtigen Weg zu finden, wenn jene drei Voraussetzungen unserer Gesundung, nämlich Produktionssteigerung, Preissenkung und Bescheidenheit, noch nicht gegeben sind.

Die Befürchtung ist nicht von der Hand zu weisen, daß erst bittere Erfahrungen und gefährliche Erschütterungen unser Volk eines Besseren belehren, und vor allem die Schichten zur Einsicht bringen werden, die mit ihren hohen Gewinnerwartungen beweisen, daß sie den Sinn dieser Zeit nicht begriffen haben. Allerdings kennt man ja den Ausspruch des Budapester Großhändlers, der im Jahre 1919 mitten im wildesten Strudel der Revolution erklärte: „Die Revolution möchte ich mal sehen, bei der ich nicht auch mein Schäfchen ins Trockene bringe!" Und bei skeptischer Betrachtung gewinnt es allerdings den Anschein, als ob gewisse Schichten unseres Volkes von der Vorsehung dazu bestimmt wären, immer zu verdienen, mögen wir nun eine Monarchie oder eine Republik, mögen wir nun Frieden, Krieg oder Revolution haben. Vielleicht ist es diese bittere Erkenntnis, die so viele Volksgenossen heute verzweifeln läßt.

Um das Reichsschulgesetz. Am Dienstag traten in **Leipzig** die Vertreter der **Länderregierungen** zusammen, um in unverbindlichen Besprechungen zu dem Reichsschulgesetz Stellung zu nehmen. Als Ergebnis des ersten Tages der Besprechung weiß die „Voss. Zeitg." zu melden, daß unter den Ländervertretern **kein Einverständnis** über das Gesetz herrscht. Die Vertreter mehrerer großen Länder sollen sich für die baldige Änderung der Volksschulgesetzgebung im Sinne des Entwurfs ausgesprochen haben.

Leo Fall † Wie aus **Wien** gedrahtet wird, ist der Operettenkomponist Leo **Fall** heute nacht nach schwerer Krankheit gestorben.

Politische Neuigkeiten

Die deutsch-franz. Wirtschaftsverhandlungen

Verabredungsgemäß haben Staatssekretär Trendelenburg und Handelsminister Chaumez am Dienstag in **Paris** eine Besprechung darüber gehabt, auf welcher Grundlage die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen wieder aufgenommen werden können. Nach der ersten Stellungnahme werden die Besprechungen am heutigen Mittwoch fortgesetzt.

Wie „Havas" zu dieser Unterredung mitteilt, sei diese im Grunde genommen nur eine **einfache Fühlungnahme** gewesen, die übrigens beiderseits sehr herzlich gewesen sei. Auf beiden Seiten sei der Wunsch betont worden, zu einem Ziele zu gelangen und zwar in möglichst kurzer Frist. Im Verlaufe der 2stündigen Unterredung habe man auch die verschiedenen Fragen bezüglich des Verfahrens und der technischen Seite der Fragen, die noch ungeklärt seien, ins Auge gefaßt. Heute nachmittag soll die eigentliche Besprechung aufgenommen werden und erst nach der zweiten Zusammenkunft werde man zweifelsohne über die Richtung, die die Verhandlungen nehmen, etwas sagen können.

Besuch de Monzies beim preußischen Kultusminister

Der französische Kultusminister **de Monzie** hat Dienstag vormittag in **Berlin** den preußischen Kultusminister Prof. Dr. **Becker** einen Besuch gemacht und eine etwa einstündige Unterredung mit ihm gehabt, bei der die Schwierigkeiten für die **internationale Zusammenarbeit der Gelehrten** erörtert wurden. Namhafte Vertreter auch der Wissenschaft und Kunst, wie Exzellenz von Harnack, Geh. Rat Wiegand, Geh. Rat Prof. von Falke und die Professoren Einstein, Bruns und Scheel teil. De Monzie befand sich in Begleitung einiger Herren der französischen Botschaft und der Professoren Brunot, Dekan der literarischen Fakultät der Pariser Universität und Hesuard.

Minister **Becker** begrüßte mit Genugtuung den Besuch des französischen Unterrichtsministers. Die Wissenschaft sei ihrem Wesen nach international, aber der Mensch der sie erzeuge, gehöre dem nationalen Boden an, in dem er wurzle. Daraus ergäben sich Schwierigkeiten für die internationalen Zusammenarbeit der Gelehrten, wenn ihre Völker in Konflikt gerieten. So sei die Zusammenarbeit der Gelehrten ohne deutsche Schuld nach dem Kriege nicht wieder oder nur vereinzelt aufgenommen worden. Es sei vielmehr nach dem Kriege eine Boykottbewegung gegen Deutschland eingeleitet worden. Um so freudiger begrüße er die vorurteilsfreie Initiative, die de Monzie ergriffen habe und er heiße ihn als Vorkämpfer der **geistigen Verständigung** zwischen **Frankreich** und Deutschland willkommen.

In seiner Erwiderung wies **de Monzie** auf die Schwierigkeiten hin, die bis auf die letzten Monate die Wiederherstellung des Kontaktes zwischen den deutschen und den französischen Gelehrten hinausgezögert hätten und zeigte durch eine Reihe von Beispielen, daß die französische Regierung sich lange vor dem Kongreß vom 2. Dezember vor. Jahres bemüht habe, den Beziehungen zwischen Gelehrten und Universitäten möglichste Objektivität zu sichern. Die Zusammenarbeit auf kulturellem Gebiet müsse bestehen in dem Austausch von führenden Köpfen der Wissenschaft, in dem Austausch der studentischen Jugend und in wechselseitiger Beteiligung an den Ausstellungen von Kunst und Kunstgewerbe.

Um eine persönl. Äußerung gebeten ergriff Prof. **Brunot** das Wort. Man dürfe nicht gleich Massenwirkungen erstreben, vielmehr solle man an die Kreise appelieren, in denen der Gedanke an eine wissenschaftliche Zusammenarbeit lebendig geblieben sei. Die Mehrzahl der französischen Gelehrten anerkenne, was die deutsche Wissenschaft zum Fortschritt der Geister beigetragen habe. Niemals habe er später vergessen, was er den deutschen Meistern der Wissenschaft der romanischen Sprachen verdanke. Es würde für die Menschheit ein Unglück bedeuten, wenn die beiden größten Kulturvölker nebeneinander arbeiten wollten, ohne sich um eine gegenseitige Ergänzung zu bemühen. Als eines der ersten Werke der nationalen Zusammenarbeit nannte er die Schaffung einer **gemeinsamen Bibliothek.** Dadurch würde, erklärte er zum Schluß, ein Werk wieder aufgenommen werden zum gemeinsamen Fortschritt und zur gegenseitigen Achtung.

De Monzie hat Berlin im Pariser Abendschnellzug wieder verlassen.

Die Bezüge der oberen Beamten der Reichsbahngesellschaft. Die Deutsche Reichsbahnverwaltung teilt mit: In der Presse werden wieder Mitteilungen verbreitet über die Bezüge der oberen Beamten der Deutschen Reichsbahngesellschaft, die durchaus **unzutreffend** sind. Es wird behauptet, für etwa 1200 Oberbeamte würden 55 Millionen Mark Prämien verausgabt. Eine Nachricht sprach sogar von 100 Millionen. Wahrheit ist, daß die Deutsche Reichsbahngesellschaft für obere, mittlere und untere Beamte im Jahre 22 Millionen Mark an besonderen Zulagen zahlt, von denen noch nicht vier Prozent auf die oberen Beamten entfallen. Wenn bemängelt wird, daß die Arbeiter solche Zulagen nicht erhalten, so ist dies nicht die Schuld an der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft. Hervorragende Arbeitsleistungen, wie bei den Beamten, so auch bei den Arbeitern, mit besonderen Zulagen zu belohnen, scheiterte bisher an dem Widerstand der führenden Gewerkschaftskreise.

Die österreichischen Journalisten an den Reichskanzler. Beim Reichskanzler ist folgendes Telegramm eingegangen: „Die österreichischen Journalisten, die als Gäste des Reichsverbandes der deutschen Presse an der Deutschlandreise teilnehmen, begrüßen beim Betreten reichsdeutschen Bodens den Kanzler und mit ihm das deutsche Brudervolk. Für die Reiseteilnehmer: Der Vorsitzende der Reichsorganisation der österreichischen Journalisten; gez. Marcell Zappler."

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Die Sicherheitspaktkonferenz

Einberufung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstags

WTB. **Berlin**, 16. Sept. (Tel.) Am Mittwoch, 23. September, vormittags 10 Uhr tritt der **Auswärtige Ausschuß des Reichstags** mit der Tagesordnung **„Außenpolitische Aussprache"** zusammen.

*

Die „Voss. Zeitung" bezeichnet auf Grund von Informationen aus Berliner diplomatischen Kreisen als wahrscheinlichen **Termin** für den Zusammentritt der Sicherheitspaktkonferenz den **6. Oktober** und erklärt, daß als Tagungsort von den schweizerischen Städten in erster Linie **Luzern** in Betracht komme. — Die „Tägliche Rundschau" betont, daß die bevorstehende Konferenz nicht ein Entrevue der Außenminister, sondern eine **Vollkonferenz** der bevollmächtigten Minister sein wird. Was das Konferenzprogramm betrifft, so weist das Blatt darauf hin, daß sich die Juristen in London wahrscheinlich mit dem **Rheinpakt** beschäftigt haben. Es sei daher ganz natürlich, daß auch die Ministerkonferenz ihre Arbeiten in derselben Weise abgrenzt. Die bevorstehende Ministerkonferenz werde also wohl den ganzen Komplex der **Ostfragen** in ihren Verhandlungen **ausscheiden**. Damit würde auch die Frage beantwortet sein, ob Polen und die Tschecho-Slovakei auf der Konferenz vertreten sein werden. Der von der französischen Presse erörterte Gedanke einer gleichzeitigen Tagung von zwei Konferenzen, von denen die eine den Rheinpakt, die andere die Ostfragen behandeln soll, bezeichnet das Blatt schon aus rein technischen Gründen als **undurchführbar**. Man müsse aber damit rechnen, daß im Anschluß an die Konferenz über den Rheinpakt auf einer **zweiten**, zeitlich und wahrscheinlich auch örtlich verschiedenen **Konferenz die Ostfragen** geregelt werden.

*

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" schreibt im Hinblick auf die Schwierigkeiten, denen Dr. **Stresemann** möglicherweise im **Innern** begegnen würde, werde nicht angenommen, daß ein erheblicher, wenn überhaupt ein Einwand dagegen erhoben werden würde, falls auf der Konferenz in Begleitung Dr. **Luthers** vielleicht noch ein **deutschnationales Mitglied** des Kabinetts erscheinen würde. Im Gegenteil würde deren Anwesenheit etwaigen Beschlüssen eine repräsentative Bedeutung in den Augen der Deutschen geben, ohne die sie andernfalls später zu Angriffen im Reichstag Veranlassung geben würden.

Kurze Nachrichten

Annahme des Reichsarbeitertarifvertrages. Die am Tarifvertrag für die Reichsarbeiter beteiligten Gewerkschaften und Organisationen haben die Zustimmung zum am Montag im Reichsarbeitsministerium gefällten Schiedsspruch beschlossen

Der Lohnkonflikt bei den Reichsbahnen. Wie die Blätter melden, hat die **Reichsbahnverwaltung** dem vom Reichsarbeitsministerium über die Löhne der Eisenbahnarbeiter gefällten Schiedsspruch, für den die Erklärungsfrist abläuft, zugestimmt, während die Gewerkschaften, wie berichtet, den Spruch abgelehnt haben. Voraussichtlich dürfte der Schiedsspruch nunmehr für **verbindlich** erklärt werden.

Das Verfahren gegen den Chefredakteur Theodor Wolff eingestellt. Das Verfahren gegen den Chefredakteur des „Berl. Tageblatt", Theodor **Wolff**, wegen Beleidigung der Richter in dem Magdeburger **Rothardt-Prozeß** ist auf Grund der preußischen Amnestieverordnung eingestellt worden.

Macdonald zur politischen Lage in England. Macdonald sagte in einer Rede in **Stockport**, die konservative Regierung stärke die Kräfte des Kommunismus und der Zwietracht. Sie werde, wenn sie noch lange im Amte bleibe, die wirkliche Gefahr einer Revolution heraufbeschwören. — Montag abend kam es im Londoner Stadtteil Islington zu **Zusammenstößen** zwischen englischen Faschisten und Kommunisten.

General Allen zum Ehrendoktor ernannt. Wie die „Frankfurter Zeitung" meldet, hat die medizinische Fakultät der **Frankfurter Universität** den amerikanischen General H. T. **Allen** wegen seiner Verdienste um die deutsche Volksgesundheit, die er sich durch das amerikanische Liebeswerk an den deutschen Kindern erworben hat, zum Ehrendoktor ernannt.

Abwanderungsaufforderungen an polnische Optanten. Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht heute eine Aufforderung an 348 mit Namen aufgeführte polnische Optanten, das Gebiet des Deutschen Reiches bis spätestens 1. März 1926 zu verlassen.

Die „DAZ" im besetzten Gebiet verboten. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" ist von der Besatzung vom 20. September an auf drei Monate für das besetzte Gebiet verboten worden.

Deutsch-schwedische Vertragsverhandlungen. Unter Mitwirkung der großen Erwerborganisationen dauern, wie aus **Stockholm** gemeldet wird, die Vorbereitungen für die Handelsabkommensverhandlungen mit Deutschland fort. Über den Zeitpunkt der Aufnahme solcher Verhandlungen kann augenblicklich nichts mitgeteilt werden.

Streik der städt. Arbeiter in Frankfurt a. M. Da der kürzlich gefällte Schiedsspruch in der **Lohnfrage** von beiden Seiten abgelehnt wurde, haben die städtischen Arbeiter in **Frankfurt a M.** in Stärke von 10—12 000 Mann beschlossen, am heutigen Dienstag in den Streik zu treten. Die lebenswichtigen Betriebe werden aufrechterhalten.

Der Elsässer Ley freigelassen. Der Elsässer **Ley**, der zu sieben Jahre Zuchthaus verurteilt worden war, weil er sich öffentlich für eine **Volksabstimmung** im Elsaß über die Staatsangehörigkeit des Landes eingesetzt hatte, ist, wie die Berliner „Börsenzeitung" meldet, kurz vor dem Eintreffen des französischen Ministerpräsidenten im Elsaß aus dem Zuchthaus entlassen worden, nachdem er bereits zwei Jahre seiner Strafe verbüßt hatte.

Einweihung eines französischen Soldatendenkmals in Mainz. Am Sonntag fand auf dem Friedhof zu **Mainz** die Einweihung eines Denkmals zum Andenken an die im Rheinland gestorbenen französischen Soldaten statt, wobei der Oberkommissar im Rheinland, **Tirard**, die Gedenkrede hielt.

Der europäische Probefunk. Die Probeversuche der europäischen Funkstationen zur Ermittlung einer neuen Wellenverteilung sind in der vergangenen Nacht nach 14tägiger Dauer beendet worden. Nach Mitteilung des Reichstelegraphentechnischen Versuchsamtes ist festgestellt worden, daß mehrere Sender einander störten. Diese Störungen sollen auf Grund internationaler Vereinbarungen abgestellt werden. Zunächst will man aber die alte Wellenverteilung beibehalten.

Die Interalliierten gegen die deutschen Frontkämpfer. Auf dem Kongreß der interalliierten Frontkämpfer in **Rom** haben sich die italienischen, französischen, belgischen, tschechischen und rumänischen Frontkämpfer gegen die Aufnahme der deutschen Frontkämpfer erklärt.

Lloyd George für Landreform. Dem politischen Berichterstatter von „Daily News" zufolge wird **Lloyd George** am nächsten Donnerstag einen liberalen Feldzug für Landreform eröffnen, der während des ganzen Herbstes und des Winters fortgesetzt werden soll.

Badischer Teil

Die Fachkurse des Badischen Landesgewerbeamts

P. A. Die Fachkurse des Badischen Landesgewerbeamts zur Weiterbildung des Handwerks konnten im verflossenen Jahr auf ein vierzigjähriges Bestehen zurückblicken. Die Veranstaltung der Kurse reicht bis zum Jahr 1884 zurück. Damals wurde erstmals die Einrichtung getroffen, die Veranstaltung derartiger Kurse als eine staatliche Maßnahme zur Förderung der Gewerbe aufzunehmen.

Die in regelmäßiger Wiederkehr seit jener Zeit veranstalteten Kurse haben für die Folge vielfach anregend und vorbildlich auf die Schaffung ähnlicher Einrichtungen bei den Gewerbeschulen des Landes und in anderen Ländern gewirkt.

Bis zum Kriegsausbruch waren es in der Hauptsache das selbständige Handwerk und die Gehilfenschaft, die die Teilnehmer für die Kurse stellten. Nur vereinzelt nahmen auch in den letzten Vorkriegsjahren gelegentlich Angehörige der Industrie an diesen Fachkursen teil. Nach dem Kriege aber, insbesondere in den letzten Jahren, ist ist die Zahl der Teilnehmer aus Industriekreisen ständig gestiegen und heute gehört der Facharbeiter mit zu den eifrigsten Besuchern der Kurse.

Im Gegensatz zu den Fachkursen der Gewerbeschulen des Landes, die in der Hauptsache nur für die ortsansässige Gehilfenschaft in Betracht kommen, wenden sich die Kurse des Landesgewerbeamts an einen größeren Kreis. Sie sind für Berufsangehörige — Meister, Gesellen und Facharbeiter — des ganzen Landes zur weiteren Vertiefung und Vervollkommnung des beruflichen Wissens und Könnens bestimmt und sollen ihnen Neuerungen ihres Gewerbes oder solche Kenntnisse und Fertigkeiten vermitteln, die für die Hebung des Standes und der Berufstätigkeit durch Fortentwicklung zu höheren Leistungen sowie für das weitere Fortkommen von Nutzen sind.

Vermöge der Tätigkeit des Badischen Landesgewerbeamts, die sich u. a. auch auf die Sichtung und Untersuchung technischer Neuerungen erstreckt, ist es in der Lage, das für das Handwerk Brauchbare in den Kreis der Kursteilnehmer zu tragen. Außerdem werden die Kurse fast durchweg durch Wahrnehmungen veranlaßt, die das Landesgewerbeamt durch seine engen Beziehungen zum Handwerk und seinen Organisationen, zu den Handwerkskammern, der Industrie und nicht zuletzt zum Forschungsinstitut für rationelle Betriebsführung im Handwerk macht. Das Landesgewerbeamt verfolgt ständig alle Neuerungen auf dem Gebiete der Technik und wo es glaubt, diesem oder jenem Gewerbezweig ein neues Betätigungsfeld anempfehlen zu können, sucht es zunächst durch Veranstaltung einschlägiger Fachkurse darauf aufmerksam zu machen.

Das Arbeitsgebiet der Kurse erstreckt sich in der Hauptsache auf die Vermittlung technischer Neuerungen neuer Arbeitsverfahren, die Vermittlung von Kenntnissen und Fertigkeiten auf Spezialgebieten des Handwerks und der Industrie, einfachere Untersuchungen von Arbeitsmaterialien, Neubelebung alter für das Handwerk brauchbarer und nützlicher Techniken und auf Vorträge betriebswirtschaftlicher Art.

Nach der Art ihrer Einrichtung sind die Kurse sogenannte Spezialkurse, die immer nur ein eng begrenztes Gebiet behandeln und in der Regel, abgesehen von den Abendkursen für ortsansässige Teilnehmer, 6 bis 12 Tage dauern und und die Dauer von drei Wochen nicht übersteigen. Sie werden nicht nur am Sitz des Landesgewerbeamts — in Karlsruhe —, sondern auch an anderen Orten des Landes, wo gerade ein Bedürfnis nach Einrichtung des einen oder anderen Kurses besteht, veranstaltet und die Abhaltung in eine für das betreffende Handwerk geschäftsstille Zeit gelegt.

Bei der heutigen Wirtschaftslage kommt jedoch neben der Weiterbildung des Handwerks auch derjenigen des gelernten Arbeiters — des Facharbeiters — als Mitträger der Qualitätsarbeit ganz besondere Bedeutung zu. Das Landesgewerbeamt hat deshalb in den letzten Jahren neben den Handwerkerfachkursen auch solche eingerichtet, die vorzugsweise für die Weiterbildung der Facharbeiterschaft der Industrie in Frage kommen.

Im allgemeinen erfreuen sich die Kurse einer großen Wertschätzung und haben stets eine gute Beteiligung aufzuweisen.

Seit dem Jahre 1910 wurden bis Ende 1924 insgesamt 311 Fachkurse für 42 verschiedene Unterrichtsgebiete veranstaltet, an denen 4761 Personen teilgenommen haben. Für Kriegsbeschädigte kamen außerdem während der Kriegsjahre 95 Kurse, an denen sich 1039 Personen beteiligten, zur Veranstaltung.

Das Bestreben des Landesgewerbeamts ist es, die Kurse so instruktiv wie nur möglich zu gestalten und ihrem weiteren Ausbau stets besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Für das kommende Spätjahr und den Winter ist wiederum die Veranstaltung einer größeren Anzahl von Kursen in Aussicht genommen worden. Das Programm derselben wird den Interessenten seitens des Badischen Landesgewerbamts auf Ansuchen zur Verfügung gestellt.

Tagungen

Zuzeit halten der Gewerkschaftsbund **deutscher Reichsbahnbeamten**, sowie die Zentralgewerkschaft deutscher Reichsbahnbeamten in **Heidelberg** ihre Hauptversammlungen ab. Es wurden eine Reihe von Entschließungen angenommen, in denen u. a. eine Anpassung der Bezüge an die vorhandene Teuerung und eine Vertretung im Verwaltungsrat der Reichseisenbahngesellschaft verlangt wird.

Die österreichischen Journalisten in Heidelberg

Dienstag nachmittag 3 Uhr trafen bei schönstem Sonnenschein, von München kommend, die **österreichischen Journalisten** in Heidelberg ein. Sie machten einen kurzen Rundgang durch die Stadt und begaben sich dann zu ihrem offiziellen Empfang durch die Stadtbehörde nach dem Rathause. Oberbürgermeister Dr. **Walz** begrüßte die Gäste und sprach zum Schluß den Wunsch aus, daß die österreichischen Herren eine freundliche Erinnerung von Heidelberg mit nach ihrer Heimat nehmen mögen. — Chefredakteur **Lippschütz** aus Wien dankte in einer kurzen Ansprache.

Hierauf begaben sich die Gäste zum **Heidelberger Schloß**. Daran schloß sich ein gemeinsames Mahl auf der Molkenkur. Im Verlaufe dieses Mahles wurden verschiedene Reden gehalten. Oberbürgermeister Dr. **Walz** begrüßte nochmals die Gäste im Namen der Stadt Heidelberg und erhob sein Glas auf das Wohl des gesamten deutschen Volkes, das nicht durch Grenzen getrennt werden könne. — Im Namen des badischen Innenministers begrüßte Geheimrat **Kiefer** die österreichischen Journalisten, mit denen sich ganz Deutschland verbunden fühle. Das Land Baden drücke den Gästen mit einem herzlichen Grüß Gott die Bruderhand. Er wünschte, daß auch die kurzen Stunden, die sie in Baden verbringen, ihnen eine freudige Erinnerung sein mögen. — Hierauf sprach im Namen des Verbandes der Südwestdeutschen Presse und des Reichsverbandes der Deutschen Presse Chefredakteur **Scheel** aus Mannheim. Er drückte seine Freude darüber aus, daß man den Gästen auch in Heidelberg einige besonders reizvolle Stunden bieten könne. Die deutschen Journalisten wünschten den Ostekreichern, daß sie mit schönen Eindrücken und Gefühlen wieder in die Heimat zurückkehren möchten. Mit Aufrichtigkeit und Wärme begrüßten alle Deutschen die Gäste im Deutschen Reich als Brüder. — Namens der österreichischen Journalisten dankte Chefredakteur Dr. **Slokov** aus Linz für die Begrüßungsworte und äußerte seine Freude über die überaus herzliche Aufnahme, die bisher überwältigend gewesen sei. Dr. **Slokov** leerte sein Glas auf das Wohl und Gedeihen der Stadt Heidelberg, des Pfälzer Landes und des ganzen deutschen Volkes. — Die Gäste reisen heute nach **Frankfurt a. M.**

Zu den Landtagswahlen

Die **Landeswahlvorschlagsliste der Deutschen demokratischen Partei beginnt** mit folgenden Namen: 1. Dr. Joh. **Wolfhard**, Amtsgerichtsdirektor in Mannheim, 2. Karl **Dees**, Generalsekretär, Karlsruhe, 3. Johanna **Straub**, Wwe. in Freiburg, 4. Otto **Burckhardt**, Tapeziermeister und Stadtrat in Heidelberg, Präsident des Landesverbandes der badischen Gewerbe- und Handwerkervereinigungen. — Der bisherige **demokratische Vertreter** des 1. Wahlkreises, Landwirt K. **Hügle** in Wahlwies, war mit Rücksicht auf seine starke Inanspruchnahme durch seinen landwirtschaftlichen Betrieb nicht mehr in der Lage, eine Kandidatur zu übernehmen. Die Wahlkreiskonferenz des 1. Wahlkreises, deren Kandidatenaufstellung bereits mitgeteilt wurde, sprach ihm für seine bisherige Tätigkeit als Abgeordneter den herzlichen Dank der Partei aus.

Im **6. Wahlkreis** Mannheim—Weinheim wurden folgende Kandidaten der **deutschen demokratischen Partei** aufgestellt: 1. Alfred **Scheel**, Hauptschriftleiter in Mannheim, 2. Heinrich **Merkel**, Spenglermeister, Schwetzingen, 3. Friedrich **Wageneck**, Gewerbeschuldirektor, Weinheim, 4. Karl **Barber**, Kaufmann in Weinheim, 5. Lilly **Lichtenthäler**, Bibliothekarin, Mannheim.

In einer **demokratischen** Wahlkreiskonferenz für den **7. Wahlkreis** in Mosbach wurden folgende Kandidaten nominiert: Hauptlehrer **Hofheinz**-Heidelberg, 2. Bürgermeister **Haag**-Neckarzimmern, 3. Schreinermeister **Kappes**-Wertheim, 4. Landwirt **Zimmermann**, Römerhof bei Wiesloch, 5. Frau **Ferber**-Heidelberg, ferner Rechtsanwalt Dr. **Dörzbacher**-Boxberg, Fabrikant Rudolf **Weber**-Heidelberg u. a.

Die **deutsche liberale Volkspartei** wird am 27. September zur Vorbereitung der Landtagswahlen einen **Landesparteitag** abhalten. Am gleichen Tage findet in **Pforzheim** auch der Parteitag der **demokratischen Partei** Badens statt.

Die **Vorschlagsliste des Rechtsblocks** im **dritten** badischen Landtagswahlkreis enthält folgende Namen: 1. Dr. Ernst Christof **Brühler**, Professor und Stadtverordneter in Freiburg; 2. Josef **Kaiser**, Landwirt in Krozingen; 3. Dr. Hans **Hausrath**, Universitätsprofessor in Freiburg; 4. Franz **Merk**, Landwirt in Gräfenhausen; 5. Tapeziermeister **Erhart**, Stadtverordneter in Freiburg; 6. Georg Friedrich **Schneider**, Landwirt in Ihringen; 7. Alkuin **Nübling**, Landwirt in Denzlingen; 8. Frau Bertha **Fimming**, Stadtverordnete in Freiburg; 9. Emil **Furkel**, Handelsvertreter in Freiburg; 10. Leo **Vogt**, Gastwirt in Viertäler; 11. Ernst **Sonntag**-Waldkirch; 12. Hermann **Wittmer**, Gutspächter in Weinstetten, Gemeinde Eschbach.

Aus der Landeshauptstadt

Nachklänge zum Heimattag

Montag vormittag hat Finanzminister Dr. **Köhler** Abordnungen aus dem Schwarzwalde, dem Frankenlande und Odenwald empfangen, die der Regierung ihren Dank für das beim Heimatfest bekundete Interesse aussprachen. Unter den Schwarzwäldern, die von Hauptlehrer **Lehmann**-Gutach geführt wurden, befand sich der älteste Teilnehmer am Trachtenzug, der über 80jährige Jockelebur und frühere Bürgermeister von Rippoldsau. Als der Festzug am Sonntag am Rathaus vorbeizog, gab es einen kleinen Aufenthalt. Trachtenträgerinnen aus dem Gutachtal begaben sich auf den Balkon des Rathauses, um den dort anwesenden Oberbürgermeister Dr. Finker wie auch dem Vertreter der Regierung, Finanzminister Dr. **Köhler** ein Blumengebinde mit Proben echten Schwarzwälder „Chrisiwässerle" zu überreichen. Auch eine Abordnung der Ortsgruppe St. Martin des Pfälzerwaldvereins erschien, um den beiden Herren gleichfalls ein Angebinde in Gestalt einiger Flaschen 1921er Auslese von St. Martin zu verehren.

Weiteres Steigen der Fleischpreise. Infolge weiteren Steigen der Viehpreise hat die Metzgerinnung mit Wirkung vom 15. ds. Mts. einzelne Fleisch- und Wurstpreise wieder erhöht, und zwar u. a. 1 Pfund Rindfleisch 1. Güte von 1,26 M. auf 1,30 M., Rindfleisch 2. Güte von 1,02—1,12 M. auf 1,06—1,16 Mark, Kuhfleisch von 0,76—0,88 M. auf 0,80—0,92 M., Kalbfleisch 1,40—1,50 M. auf 1,50—1,60 M., Fleischwurst von 1,30 Mark auf 1,40 M., Schinkenwurst von 1,80 auf 1,80—2,00 M., feine Leberwurst angeräuchert von 1,00 auf 1,20 M. Auch das Gefrierfleisch kostet jetzt 2 Pfg. je Pfund mehr und zwar das Gefrierfleisch zum Kochen 74 Pfg., zum Braten 78 Pfg.

Eine Versammlung der hiesigen Post- und Telegraphenbeamten nahm einstimmig eine Entschließung an, in der gegen die Ablehnung der Forderungen auf Erhöhung der Bezüge, durch Reichsregierung und Reichstag protestiert wird. Es wird erneut die Erhöhung der Bezüge, die Gewährung einer Beschaffungsbeihilfe zur Eindeckung der Wintervorräte und höhere Bewertung der Nachtdienstzeit zum 1½fachen Betrag verlangt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe, von 8 Uhr morgens. Das heitere Wetter hielt gestern in Baden an. Heute früh liegt bei etwa 1000 Meter eine Temperaturumkehrschicht (im Schwarzwald, St. Blasien 1 Grad, Höhenschwand 8 Grad). Vorübergehend herrscht ausgezeichnete Sicht. Der Tiefdruckausläufer über England ruft in Frankreich Bewölkung hervor. Bei uns beweisen sowohl wie aus Osten, ab 2500 Meter über Norden wehende Föhnwinde als auch die zurzeit in Karlsruhe gemeldete übernormale Strahlungsmenge, daß wir noch nicht im Bereiche des westlichen Tiefdruckgebietes stehen, wo westliche feuchte Luft Trübung unternormale Strahlung bedingte. Bis heute wird sich das Tief durch vorübergehende Trübung, besonders im Norden geltend machen. Mit einer völligen Wetteränderung ist aber noch nicht zu rechnen. **Voraussage für Donnerstag:** vorübergehende Trübung, doch meist trocken; warm bei südwestlichen Winden.

Gemeinde-Rundschau

Für den Bürgermeisterposten in Buchen haben sich 17 Bewerber gemeldet. Der Gemeinderat stellt sechs davon zur engeren Wahl. Der Bürgerausschuß beschränkte diese Zahl auf vier, nämlich Rechtsanwalt **Herkert**-Buchen, Dr. **Schmidt**-Karlsruhe, **Clevenz**-Mannheim und **Wetzel**-Mosbach, die am nächsten Mittwoch in einer Bürgerausschußsitzung ihr Programm entwickeln sollen.

Vom Heidelberger Stadttheater. Zur einstweiligen Regelung des durch das Hinscheiden des Theaterdirektors **Meißner** geschaffenen Verhältnisse hat der Stadtrat Heidelberg beschlossen, das Theater vorläufig auf Rechnung der Stadt weiterzuführen. Die vorläufige Versehung der Direktionsgeschäfte in künstlerischer und technischer Hinsicht wird dem Oberspielleiter Hans Herbert **Michels** übertragen.

Der **Kreisrat Freiburg** beschloß nach eingehender Beratung über die Verbesserung der **Feldbergstraße**, das Wasser- und Straßenbauamt Bonndorf zu beauftragen, ein einfaches Projekt nebst Kostenvoranschlag über einen etwaigen Straßenneubau von der ersten Kehre der Straße Titisee-Falkau bis Bärental aufzustellen und eine vergleichsweise Übersicht über die Unterhaltungskosten dieser neuen Straße und der jetzigen Feldbergstraße zu fertigen. — Ferner nahm der Kreisrat Kenntnis von den Erhebungen über den Stand des Obstbaues im Kreise Freiburg. Darnach stehen im Kreisgebiet im ganzen 780 100 Obstbäume, davon entfallen auf den Amtsbezirk Emmendingen 259 917, auf Freiburg 243 452, auf Neustadt 22 048, auf Staufen 176 300 und auf Waldkirch 78 392.

Erweiterung des Elektrizitätswerkes in Neustadt i. Schw. Der Bezirksrat gab in seiner letzten Sitzung einem Gesuch des städtischen Elektrizitätswerkes Neustadt i. Schwarzw. statt, wonach dieses die Nutzungsrechte an der Gutach, an der seine beiden älteren Kraftwerke stehen, erweitern und unter besserer Ausnutzung des Gefälles ein größeres zusammenfassenderes Kraftwerk errichten darf.

Der Bürgerausschuß Pfullendorf beschäftigte sich mit der Frage der Aufnahme eines Darlehens. Es handelt sich um die Summe von 500 000 M., die für die Erweiterung der elektrischen Anlagen, Neubau des Farrenstalls, Kanalisation im Mühlweg und Schulhausneubau Verwendung finden sollen. Dieses Darlehen soll in Gemeinschaft mit dem Bund badischer Städte aufgenommen werden. Ferner bewilligte der Bürgerausschuß einstimmig die Hergabe von 4000 Quadratmeter Bauplatz, 50 Kubikmeter Rundholz und den erforderlichen Kies und Sand unentgeltlich zur Erstellung einer Trikotfabrik, die ein auswärtiger Unternehmer zu bauen gedenkt.

Kurze Nachrichten aus Baden

DZ. **Pforzheim**, 15. September. Der Pforzheimer Polizeibericht führte lebhafte Klage gegen die Zunahme der **nächtlichen Ruhestörungen**, die ausschließlich **auf übermäßigen Alkoholgenuß** zurückzuführen sind. Zudem müßten tagtäglich sinnlos Betrunkene weggeschafft werden. Künftig will man gegen die Ruhestörer mit erheblich höheren Geldstrafen und insbesondere krassen Fällen mit Haftstrafen vorgehen.

DZ. **Gengenbach**, 14. Sept. Zur **kirchlichen 1200 Jahrfeier** des ehemaligen Benediktiner-Reichsstiftes **Gengenbach** traf gestern abend im Auto, von Offenburg kommend, Weihbischof Dr. W. **Burger** hier ein. Es wurde feierlich begrüßt, während festliches Geläute der Kirchenglocken die bis Sonntag abend dauernde kirchliche Feier einleitete. Am Sonntag vormittag bildete sich der Festzug, der den Weihebischof vor dem Pfarrhause abholte. Über den Platz vor der Kirche, wo der Bischof dem Volk seinen bischöflichen Segen erteilte, bewegte sich der Zug zur Kirche. Die Festpredigt hielt Benediktinerpater Leo **Sattler** von Beuron. Im Anschluß vollzog der Weihbischof das feierliche bischöfliche Hochamt, eine kirchliche Gottesdienthandlung, die seit den Tagen des letzten Abtes von Gengenbach vor über 100 Jahren in der Gengenbacher Pfarrkirche nicht mehr stattgefunden hatte. Die Patroziniums-Prozession durch den Klosterhof, Te Deum und Segen gaben der Feier des Vormittags ihren Abschluß. Der Nachmittag stand nach der feierlichen Vesper um ¾8 Uhr völlig im Zeichen des zum zweitenmale anläßlich der 1200 Jahrfeier durch die Straßen der Stadt ziehenden Festzuges. Wie das erstemal, strömte auch diesmal zu Fuß, zu Wagen, per Bahn und Auto eine für das kleine Kinzigstädtchen gewaltige Menschenmenge herbei.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	16. Sept. Geld	16. Sept. Brief	15. Sept. Geld	15. Sept. Brief
Amsterdam 100 G.	168.66	169.08	168.68	169.10
Kopenhagen 100 Kr.	102.97	103.23	102.62	102.88
Italien . . 100 L.	17.04	17.08	17.30	17.34
London . 1 Pfd.	20.335	20.385	20.334	20.384
Newyork . 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris . . 100 Fr.	19.76	19.83	19.82	19.86
Schweiz . 100 Fr.	80.96	81.16	80.96	81.16
Wien 100 Schilling	59.11	59.25	59.09	59.23
Prag . . 100 Kr.	12.42	12.46	12.43	12.47

Zuteilung überall 100 Prozent

Zu den Fusionsverhandlungen der rheinisch-westfälischen Großindustrie erfährt die „Essener Allgemeine Zeitung" entgegen anderslautenden Blättermeldungen von autorisierter Seite, daß ein Fusionsvertrag bisher noch nicht abgeschlossen worden ist. Ein Abschluß ist vielmehr frühestens Ende dieses Monats zu erwarten. Gegenstand und Ziel der Verhandlungen ist die Fusion sämtlicher Werke und Firmen von Thyssen, Phönix, Rheinstahl, Van der Zypen, Krupp, Rhein-Elbe-Union (Deutsch-Luxemburg, Bochumer Verein, Gelsenkirchen Bergbau A.-G.) **in Form einer Aktiengesellschaft** unter Übernahme sämtlicher Bergwerksbetriebe, Eisenhütten und Walzwerke der genannten Aktiengesellschaften und Gewerkschaften. Die Höhe des Aktienkapitals steht noch nicht fest.

Zahlungsschwierigkeiten in der Berliner Konfektion. Von der Firma Gebr. Karl, Webwaren en gros, Berlin, ist nach dem „Konfektionär" Konkursantrag gestellt worden. Nach dem vorläufigen Status stehen rund 140 000 Mark Aktiven rund 560 000 Mark Passiven gegenüber.

Verschiedenes

Der Flug durch Asien

Die zwei japanischen Flieger, die von Japan kommend, Sibirien und Rußland überflogen hatten, sind Dienstag früh 6.15 Uhr in Moskau zum Flug nach Deutschland gestartet und Dienstag nachmittag um 3 Uhr auf dem Flugplatz in **Königsberg** gelandet. Die beiden Flieger, die die 1200 Kilometer lange Flugstrecke Moskau—Königsberg in acht Stunden 30 Minuten ohne Zwischenlandung zurückgelegt haben, beabsichtigen am heutigen Mittwoch morgen zum Fluge nach Berlin zu starten.

Ein neuer Stahl

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" berichtet über die Nutzbarmachung einer Erfindung des in Berlin ansässigen gebürtigen Schweizers Boßhardt durch den kürzlich verstorbenen Direktor der Berliner Aktiengesellschaft für Eisengießerei und Maschinenbau, Diplomingenieur R. Jonas. Es handelt sich um einen neuen Stahl, der bei gleichen Festigkeitseigenschaften um 40 Prozent leichter und um 30 Prozent billiger ist, als der gewöhnliche Stahl.

Zeitschriftenschau

„Die Kunst" (Verlag F. Bruckmann A.-G., München) schließt mit dem soeben zur Ausgabe gelangten überaus reichhaltigen und aufschlußreichen **Septemberheft** ihren 26. Jahrgang ab. Die Malerei und Plastik Württembergs, wie sie sich seit dem Jahr 1800 bis in den Anfang des 19. Jahrhunderts hinein entfaltete, veranschaulicht ein reich illustrierter Bericht über die Ausstellung schwäbischer Kunst in Stuttgart. Dem in Dresden lebenden Graphiker Josef Hegenbarth widmet Paul Schumann einen liebevollen Aufsatz, der mit zahlreichen Bildbeigaben die impulsive Kunst dieses Zeichners und Radierers enthüllt. Verdienstvoll ist Walter Cohens Hinweis auf die Lebensarbeit des nun bald achtzigjährigen Düsseldorfer Landschaftsmalers Georg Oder. Im Teil der angewandten Kunst projiziert Günther von Pechmann die Ergebnisse der bedeutsamen Ausstellung „Bayerisches Kunsthandwerk" auf den größeren Entwicklungsgang der deutschen Werkkunst. Ein hübsches Landhaus im Osthavelland, erbaut von Professor Büning-Berlin, wird im Äußeren wie im Inneren schaubar gemacht. Eine Reihe kleinerer Aufsätze, ein Nekrolog auf Lovis Corinth und ein umfangreicher aktueller Teil vervollständigen den Inhalt des Heftes, das in würdiger Weise den Jahresband abschließt. — Auch in diesem Jahr hat „Die Kunst" ihre Tradition als führende deutsche Kunstzeitschrift hochgehalten und vertieft. Wer andauernd nicht nur über die aktuellen Kunstereignisse gut unterrichtet sein will, sondern auch wertvolles älteres Kunstgut in angenehmer und anregender Weise dargeboten wünscht, muß „Die Kunst" lesen und abonnieren. — Auch das **Augustheft** zeigt neben der köstlichen Fülle und Schönheit der Abbildungen, die wir bei dieser Zeitschrift gewohnt sind, auch den ihr eigenen besonders reizvollen Wechsel der Darbietungen.

Elegante Welt. Modische Sensationen des Herbstes enthüllt das soeben erschienene Heft 16 der „Eleganten Welt". Graziöse Schöpfungen einer erfinderischen Kürschnerkunst, malerisch reizvolle Samthüte — die große Herbstmode — und der fesche Sportdreß 1925, paradieren in künstlerischen Bildern. Der wohlassortierte Trousseau des Herrn zeigt seine unauffällige Korrektheit einer traditionsreichen englischen Mode. Ein interessanter, fesselnd illustrierter Artikel führt den Leser „von der Laute bis zum Banjo". Ein anderer kennzeichnet in malerischen Aufnahmen von Wiener Villen den neuesten Baustil. So bringt das neue Heft der „Eleganten Welt" wieder eine Fülle geistiger Anregungen und modischer Instruktionen.

Bilanz für 31. März 1925.

Aktiva.

I. **Betriebswerte**		
Warenvorräte	85 663.—	
Einrichtungen	481.90	86 144.90
II. **Beteiligungen**		627.50
III. **Gebäude-Konto**		1.—
IV. **Verfügbare Werte**		
Kassenbestand	6 521.49	
Postscheckguthaben . . .	2 328.41	8 849.90
V. **Forderungen**		6 868.60
VI. **Gewinn- und Verlustkonto**		
Verlust 31.3.25		24 008.95
		126 500.85

Passiva.

I. **Eigene Betriebsmittel**		
Geschäftsguthaben I . .	12 694.—	
" II . .	1 384.40	
Reserven	761.66	14 840.06
II. **Laufende Verpflichtungen**		
Lieferantenschulden . .	54 053.74	
Bankschulden	56 567.35	
Geschäftsguthaben 1924 ausgesch. Mitglieder .	462.—	
Umsatzsteuer März . . .	439.20	
Lohnsteuer März . . .	138.50	111 660.79
		126 500.85

Einkaufsgenossenschaft der Beamten und Staatsarbeiter in Baden e. G. m. b. H. Sitz Karlsruhe

Der Vorstand:
Schäfer. Kastner. Ehemann.

Vorstehende Bilanz ist geprüft und mit der Inventur und den Geschäftsbüchern übereinstimmend und richtig befunden worden. E.705

Karlsruhe, den 4. Juni 1925.

Der Aufsichtsrat:
J. A.: Genzel, I. Vorsitzender.

BAUBUND-MÖBEL
HERVORRAGEND
IN FORM & GÜTE
kaufen Sie am besten beim
BAD. BAUBUND
G·M·B·H
KARLSRUHE
Karl-Friedrich-Strasse 22
am Rondellplatz
TÄGL. GEÖFFNET
VON 8½-12½ UND 2-6½ UHR

E.504

B.796 **Triberg.** Am 12. September 1925 wurde über die Firma **Schlenker & Cie., Werkzeugmaschinenfabrik** in Hornberg i. Schw. die Geschäftsaufsicht angeordnet und als Aufsichtsperson Karl Geyer, Inhaber der Industrie- und Treuhandgesellschaft G. m. b. H. in Villingen bestellt.

Triberg, 12. 9. 1925.
Gerichtsschreiber Bad. Amtsgerichts.

B 805. **Karlsruhe.** Über das Vermögen der Firma **Eugen Stich, Hüttenwerkserzeugnisse und Eisenwaren** in Karlsruhe, Stefanienstraße 88, wurde zur Abwendung des Konkurses heute vormittags 11 Uhr die Geschäftsaufsicht auf die Dauer von einem Monat angeordnet. Als Aufsichtsperson wurde Volkswirt und Bücherrevisor **Julius Hepp** hier, Kriegsstraße 174 ernannt. Karlsruhe, 14. September 1925.
Gerichtsschreiberei Bad. Amtsgerichts A. 6.

B.804. **Karlsruhe.** Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma **Samuel Grünhut, Zigarettenfabrik** in Karlsruhe, Gottesauerstraße 6 wurde gemäß § 204 K.-O. mangels sonstigen unentgeltlichen Masse eingestellt.
Karlsruhe, d. 3. Sept. 1925.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts A. 3.

Güterrechtsregister.

Baden. B.776
Güterrechtsregistereintrag Bd. I. Seite 33: **Krauth, Louis jung, Vergolder** in Baden-Baden u. **Sabina geb. Tschan.** Vertrag vom 1. September 1925, Errungenschaftsgemeinschaft. Vorbehaltsgut der Frau ist das in § 2 des Vertrags bezeichnete Einbringen derselben, sowie all das Vermögen, welches dieselbe noch durch Erbschaft, Schenkung oder sonstigen unentgeltlichen Titel erhält.
Baden, 11. Sept. 1925.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Gernsbach. B.761
Güterrechtsregistereintrag Bd. I. Seite 420: Herbert **Walter**, Kaufmann in Gernsbach, und Helene geb. Nachmann. Vertrag vom 27. August 1925. Gütertrennung.
Gernsbach, 4. Sept. 1925.
Amtsgericht.

Mannheim. B.791
Zum Güterrechts-Register Band XV wurde unter O.Z. 368 am 8. September 1925 eingetragen: Albert Überle, Installateur, Mannheim und Anna geb. Schmidt, daselbst. Vertrag vom 31. August 1925. Gütertrennung. Unter O.Z. 369 am 12. September 1925: Kurt Fels, Kaufmann, Mannheim, und Ella geb. Lindenfelser, daselbst. Vertrag vom 2. Sept. 1925. Errungenschaftsgemeinschaft, Vorbehaltsgut der Frau ist ihr im Vertrag verzeichnetes Vermögen nebst ihren persönlichen Gebrauchsgegenständen sowie alles, was sie noch von Todeswegen, oder mit Rücksicht auf ein künftiges Erbrecht durch Schenkung, oder als Ausstattung oder auf sonst irgend eine Weise erwirbt.
Mannheim, 12. IX. 1925.
Amtsgericht.

Offenburg. B.807
In das Güterrechtsregister Band II S. 2 wurde eingetragen: **Andreas Lott, Landwirt** in Appenweier und dessen Ehefrau **Barbara geb. Disany.** Durch Vertrag vom 8. August 1925 ist die Verwaltung und Nutznießung des Mannes am Vermögen der Ehefrau ausgeschlossen.
Offenburg, 9. Sept. 1925.
Badisches Amtsgericht I.

Rastatt. B.777
Güterrechtsregistereintrag Bd. II, Seite 464: **Reck, Curt, Major a. D.** und **Emma geb. Schmidt** in Rastatt. Vertrag vom 31. August 1925. Gütertrennung nach §§ 1426 ff. des B. G. B. 10. September 1925. **Amtsgericht Rastatt.**

Schwetzingen. B.811
Güterrechtsregistereintrag Band II Seite 444. **Marx Karl, Zigarrenfabrikant** in Altlußheim und **Katharina geb. Müller.** Vertrag vom 25. August 1925. Gütertrennung.
Schwetzingen, 11. Sept. 1925.
Bad. Amtsgericht I.

Genossenschaftsregister.

Lahr. B.775
Genossenschaftsregister Lahr O.-Z. 68. **Tabakeinkaufsgenossenschaft des Verbandes Badischer Mittel- und Klein-Cigarren- und Tabak Fabrikanten E. B. in Lahr e.G.m.b.H.** in Lahr. Auf Grund des § 50 Abs. 2 der V.-O. zur Durchführung der V.-O. über Goldbil. vom 28. März 1924 als nichtig gelöscht.
Lahr, 25. 7. 1925.
Amtsgericht.

Vereinsregister.

Baden. B.762
Vereinsregistereintrag Bd. I. O.-Z. 77: **Tanz-Turnier Club „Rot-Weiß"** in Baden-Baden.
Baden, 2. Sept. 1925.
Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

Harmonium
2 Reg. . Mark 238.—
9 Reg. . Mark 297.—
13 Reg. . Mark 411.—
Zahlungserleichterung
K Frankolieferung 948
a. f. **LANG**
Kaiserstr. 167 : Tel. 1073
Salamander-Schuhhaus

Badisches Landestheater

Donnerstag, 17. Sept. 1925.
B. 2. Th.-Gem. 701—800
Russ. Komödien-Abend

Er ist an allem schuld
Komödie in zwei Szenen von Leo Tolstoi
Deutsch von August Scholz.
In Szene ges. von F. Baumbach

Personen:

Akulina	Frauendorfer
Michajla	Kruchen
Marfa	Ermarth
Paraschka	Dennig
Taras	Brand
Wanderbursche	Lieck
Ignat	Gemmecke
Nachbar	Kienscherf

Hierauf:

Die Heirat
Eine ganz unglaubliche Begebenheit in drei Bildern von Nikolaj Gogol
Deutsch von August Scholz
In Szene ges. von F. Baumbach

Personen:

Agafia	Rademacher
Arina	Frauendorfer
Fjokla	Noormann
Podkoljessin	Müller
Kotschkarew	Höcker
Spiegelei	Herz
Anutschkin	Kloeble
Shewakin	Prüter
Dunjaschka	Genter
Starikow	Weber
Stepan	Schneider

Anfang 7½ Ende nach 10 Uhr.
Sperrsitz I 5.20 Mk.

Badischer Zentralanzeiger für Beamte

Anzeigeblatt für die sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Beamten / Beilage zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger

Organ verschiedener Beamten-Vereinigungen

Nr. 37 — Bezug: Erscheint jeden Mittwoch und kann einzeln für 10 Goldpfennig für jede Ausgabe, monatlich für 60 Goldpfennig zuzüglich Porto vom Verlage Karlsruhe i. B., Karlfriedrichstraße 14, bezogen werden. — 16. September 1925

Vollversammlung des Verwaltungsrates der Deutschen Reichspost.

Der **Vollversammlung des Verwaltungsrats** am 19. Juni, zu der der Arbeitsausschuß in seiner Sitzung am 9. Juni vorbereitende Arbeit geleistet hatte, lag folgende Tagesordnung zugrunde:

1. Jahresnachweisung über die Einnahmen und Ausgaben der Deutschen Reichspost für das Rechnungsjahr 1924 (Berichterstatter: Gesandter Exzellenz Boden);
2. Änderung des Voranschlags für das Rechnungsjahr 1925 (Berichterstatter: Gesandter Exzellenz Boden);
3. Entwurf einer Verordnung über Postgebühren und zur Änderung der Postordnung und der Postscheckordnung (Berichterstatter: Präsident Gentzke);
4. Änderung der Küsten- und Bordgebühren für Funktelegramme (Berichterstatter: Ministerialrat Dr. Auer);
5. Gesetzentwurf zur Änderung des Telegraphen-Gesetzes (Berichterstatter: Min.-Amtm. Wichmann);
6. Aussprache über Änderung einzelner Bestimmungen des Reichspostfinanzgesetzes: § 3 Zusammensetzung des Verwaltungsrats, § 8 Rücklage, Ablieferung an das Reich (Berichterstatter: Reichstagsabgeordneter **Morath**).

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats, **Reichspostminister** Dr. **Stingl**, eröffnete die Sitzung mit folgenden Ausführungen:

In diesen Tagen feiert ganz Deutschland die Erinnerung daran, daß vor 1000 Jahren die Rheinlande staatlich an Deutschland angegliedert wurden. Die Deutsche Reichspost, die durch ihre Einrichtungen und ihr Personal viel tausendfach mit den Rheinlanden verknüpft und in deren Bevölkerung verwurzelt ist, nimmt lebhaften und herzlichsten Anteil an diesen Feiern. Ich darf es wohl auch in Ihrem Namen tun, meine Damen und Herren, wenn ich unseren westlichen Brüdern und Schwestern in den Gauen **von der Pfalz bis zum Niederrhein** unsere aufrichtigsten Wünsche zurufe und ihnen allen heißen Dank sage dafür, daß sie, frei und deutsch, treu und standhaft an ihren Ländern und am Reich gehangen haben in 1000 Jahren, darunter in vielen, vielen Jahren schwerster Qual und Bedrängnis, unter einem Druck, der auch heute noch, Gott seis geklagt, hart auf Seele und Wirtschaft lastet.

Die Tagesordnung, die diesmal erledigt werden soll, enthält eine Reihe von wichtigen Punkten. Der Arbeitsausschuß hat sich in seiner Sitzung am 9. Juni mit ihnen eingehend befaßt. Seine Beschlüsse haben wir Ihnen bereits übersandt.

Ich glaube Ihre Zustimmung zu finden, wenn ich mir erlaube, zu Beginn der Verhandlungen einige allgemeine Bemerkungen zu machen, die sich in der Hauptsache auf die Finanzlage der Deutschen Reichspost beziehen.

Das Jahr 1924 ist nunmehr abgeschlossen. Wir legen Ihnen eine besondere Nachweisung vor — Drucksache Nr. 7 —, die Ihnen ein zusammenfassendes Bild geben soll über

die tatsächliche Gestaltung der Einnahmen und Ausgaben des Jahres 1924, über ihr Verhältnis zum Etats-Soll und schließlich über das finanzielle Gesamtergebnis.

Gleichzeitig ersuchen wir Sie, einer Reihe von Titelüberschreitungen sowie der Übertragung von Ausgaberesten auf 1925 zuzustimmen. Diese Genehmigung wurde vor dem Inkrafttreten des Reichsfinanzgesetzes vom Reichsminister der Finanzen und den gesetzgebenden Körperschaften erteilt. Jetzt steht dieses Recht dem Verwaltungsrat zu. Die Genehmigung ist erforderlich, um eine rechtliche Unterlage für die vom Rechnungshof im einzelnen nachzuprüfende Jahresrechnung von 1924 und für die Verwendung der zu übertragenden Mittel im Jahre 1925 zu schaffen.

Wir schließen mit einem **Überschuß von rund 68,8 Millionen** RM. ab. Dieser Überschuß fließt nach den Bestimmungen des Reichspostfinanzgesetzes zur Rücklage, die demnach am Schlusse des Jahres 1924 einen Gesamtbestand von rund 82,7 Millionen RM. aufweist.

Ich freue mich, mit diesen Zahlen vor Sie hintreten zu können. Und es ist mir eine Genugtuung und eine angenehme Pflicht, hier festzustellen, daß dieses Ergebnis erzielt worden ist unter der einjährigen Herrschaft des Reichspostfinanzgesetzes und vor allem auch durch die tatkräftige Mitwirkung des Verwaltungsrats.

Ich danke Ihnen für Ihre hingebende und verständnisvolle Arbeit, die Sie zum Wohle der Deutschen Reichspost und damit zur Förderung der deutschen Wirtschaft im vergangenen Jahre geleistet haben! Ich spreche den Wunsch aus, daß das bisherige ausgezeichnete und ungetrübte Verhältnis zwischen der Deutschen Reichspost und dem Verwaltungsrat auch bei unserer künftigen Arbeit vorhanden sein und sich in guten Wirtschaftserfolgen auswirken möge.

Mein Dank gebührt auch der gesamten **Beamtenschaft** der mir unterstellten Verwaltung, hier im Ministerium sowohl als auch draußen in den Provinzstellen. Ich bin überzeugt, daß auch fernerhin alle Beamten, Angestellten und Arbeiter der Deutschen Reichspost mit mir zusammen nach besten Kräften das gemeinsame Ziel verfolgen werden, die Verwaltung vorwärts zu bringen, im Geiste vaterländischer Aufbauarbeit.

Im übrigen spiegelt sich in dem Gesamtergebnis die **finanziell günstige Lage der Deutschen Reichspost** im Jahre 1924 wider. Sie wurde bekanntlich dadurch mitveranlaßt, daß dreiviertel Jahre hindurch hohe Tarifsätze bestanden, gleichzeitig aber die Besoldungsbezüge geringer als jetzt waren.

Es wäre nun **aber verfehlt**, wollte man ohne weiteres aus dem Abschluß 1924 **auf eine gleich gute Entwicklung der Postfinanzen im Jahre 1925 schließen.** Wie bei den Verhandlungen über die Feststellungen des Voranschlages 1925 im Verwaltungsrat eingehend dargelegt wurde, ist die Finanzlage im laufenden Jahr bedeutend gespannter als vorher, da sich 1925 vor allem die Tarifermäßigungen und die Besoldungserhöhungen für das ganze Jahr auswirken.

Dies zeigt sich bereits in den beiden ersten Monaten der neuen Wirtschaftsperiode. Im April sind die Einnahmen gegen das Soll des Voranschlages um 13,6 Millionen RM. zurückgeblieben. In der Hauptsache waren an den Mindereinnahmen das Fernsprechwesen die Telegraphie und der Zeitungsverkehr beteiligt. Aber auch die anderen Dienstzweige hatten meist das Soll nicht voll erreicht. Dies ist zum Teil darauf zurückzuführen, daß mehrfach Einnahmen aus April erst später verrechnet werden.

Der Mai weist bereits eine Zunahme der Einnahmen auf. An dem durchschnittlichen Monats-Soll fehlen allerdings auch noch fast 5 Millionen RM. Hiervon entfallen aber auf Zeitungsgebühren allein 4,4 Millionen RM., da diese Gebühren erst nach Schluß des Vierteljahrs von den Verlegern eingezogen werden; der Ausgleich erfolgt also im Juli. Die dann noch verbleibende Mindereinnahme von ½ Millionen RM. verteilt sich auf die anderen Dienstzweige. Die reinen Postgebühren haben das Monatssoll im April und Mai überschritten, bei der Telegraphie und dem Fernsprechwesen ist das Monatssoll annähernd erreicht.

Zu einer besonderen **Besorgnis** geben die bisherigen Einnahme-Zahlen **keinen Anlaß**, da voraussichtlich die Einnahmen in den folgenden Monaten sich nach dem Vorgang früherer Jahre dem Durchschnitts-Monatssoll des Voranschlags immer mehr nähern und es spätestens in der zweiten Hälfte des Rechnungsjahres überschreiten werden. Das Jahres-Soll des Voranschlags wird mithin, soweit es sich jetzt übersehen läßt, erreicht werden. Die Wintermonate brachten erfahrungsgemäß bisher stets eine wesentliche Steigerung der Einnahmen.

Gleichwohl wird der Einnahme- und Ausgabewirtschaft fortgesetzt besondere Sorgfalt gewidmet. Sollte wider alles Erwarten mit der Zeit keine wesentliche Erholung der Einnahmen eintreten, so wird sofort das Erforderliche, wie etwa eine Tariferhöhung oder eine besondere Ausgabedrosselung, in die Wege geleitet werden.

Zum Schluß möchte ich noch einen Punkt berühren, der bereits mehrfach zur Sprache gekommen ist, nämlich die **Denkschrift** über die **Wirtschaftsentwicklung des Telegraphenbetriebs.** Wir haben ein umfangreiches Material von den Oberpostdirektionen erhalten, das aber noch der Zusammenstellung und der Überarbeitung bedarf, damit auch die nach dem Voranschlag 1925 vorgenommenen Umgruppierungen des Personals mitberücksichtigt werden können.

Ich hoffe, die Denkschrift **schon** in den nächsten Wochen dem Verwaltungsrat vorlegen, d. h. durch die Post zusenden zu können.

Nach den Vorträgen der Berichterstatter und der anschließenden Aussprache wurden die einzelnen Punkte wie folgt erledigt.

Zu 1. Der Beschluß des Arbeitsausschusses: der Verwaltungsrat wolle beschließen, den gegenüber dem Voranschlags-Soll eingetretenen **Titelüberschreitungen** sowie der Übertragbarkeit der in der Jahresnachweisung als übertragbar bezeichneten Titel **wird zugestimmt**, wurde angenommen.

Zu 2. Der **Änderung des Voranschlags** für das Rechnungsjahr 1925 einschließlich der als Ziffer IV neu hinzugekommenen Berichtigung zur Anlage des Voranschlags wurde **zugestimmt**. Ferner nahm der Verwaltungsrat folgende Entschließung an: In Übereinstimmung mit der Auffassung des Arbeitsausschusses spricht der Verwaltungsrat die Erwartung aus, daß das RPM. für das Rechnungsjahr 1926 erneut mit allen Mitteln für die Erlangung der Ruhegehaltsfähigkeit der Zulage für den Präsidenten der OPD. Berlin eintreten werde.

Zu 3. erklärte der Reichspostminister, daß das RPM. die Ziffer 4 des § 2 der Vorlage wegen der Einrichtung von Hausbriefkasten in Neubauten zurückziehe. Eine weitere Prüfung der Angelegenheit wurde in Aussicht gestellt. Der Verwaltungsrat erklärte sich hiermit einverstanden und nahm den übrigen Teil der Vorlage unverändert an.

Zu 4. Der vorgeschlagenen Änderung der Küsten- und Bordgebühren für Funktelegramme wurde zugestimmt.

Zu 5. Der Verwaltungsrat beschloß, in § 2 des Gesetzentwurfs als Absatz 3 einzufügen: „Die Grundsätze für die Verleihung des Rechts zum Betriebe von Rundfunk-Sendeanlagen werden vom RPM. im Einvernehmen mit dem Reichsrat festgesetzt." Im übrigen wurde der Gesetzentwurf unverändert angenommen.

Zu 6. Dem Beschluß des Arbeitsausschusses, daß a) an der bisherigen Gesamtzahl der Mitglieder des Verwaltungsrats und an der Bemessung der den einzelnen Vertretergruppen zustehenden Sitze festzuhalten und b) die Einzelverteilung der 7 Sitze für die Mitglieder des Reichstags als eine innere Angelegenheit des Reichstags anzusehen ist, wurde zugestimmt.

In der Frage der Ablieferung von Überschüssen an das Reich beschloß der Verwaltungsrat, die Entschließung des Arbeitsausschusses, „der Arbeitsausschuß einigt sich auf die vom RPM. vorgeschlagenen Sätze von 7 und 15 v. H. statt der bisher im § 8 des RPFG festgesetzten 10 und 20 v. H. mit der Maßgabe, daß die endgültige Regelung bis zum Ablauf des Rechnungsjahres 1925 verschoben werde", dahin abzuändern, daß jetzt von einer Festsetzung bestimmter Vomhundertsätze abgesehen und erst nach Ablauf des Geschäftsjahres 1925 erneut in eine Prüfung dieser Frage eingetreten werde.

Die Notlage der Beamtenschaft

Wie bekannt, hat der Reichstagsabgeordnete **Schuldt**, Steglitz (Dem.), dem Herrn **Reichspräsidenten** eine Denkschrift über die Not und Sorgen in der Beamtenschaft überreicht. Darauf hat der Abg. Schuldt, Steglitz, die Antwort erhalten, daß der Herr Reichspräsident von der Denkschrift mit Aufmerksamkeit Kenntnis genommen und sie dem Reichsfinanzminister zugeleitet hat, mit **dem er die in der Denkschrift berührten Fragen demnächst persönlich besprechen wird.**

Wahrnehmung staatsbürgerlicher Rechte und Ehrenämter

Jeder Deutsche hat nach Maßgabe der Gesetze die Pflicht zur Übernahme ehrenamtlicher Tätigkeiten. RVerf. Art. 132.

Wer in einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis als Angestellter oder Arbeiter steht, hat das Recht auf die zur Wahrnehmung staatsbürgerlicher Rechte und, soweit der Betrieb dadurch nicht erheblich gestört wird, zur Ausübung ihm übertragener öffentlicher Ehrenämter nötige freie Zeit. Wie weit hier der Anspruch auf Vergütung erhalten bleibt, bestimmt das Gesetz. RVerf. Art. 160.

Die Wahrnehmung des Amts als Beisitzer bei den Versorgungsgerichten sowie des Schöffen- und Geschworenendienstes stellt eine staatbürgerliche Pflicht dar, der sich auch der Beamte ohne zwingende Gründe nicht entziehen darf. RVM. 26. 2. 1921, RVBl. 54; BA. 1 385.

Grußpflicht

Die Grußpflicht gehört, auch wenn dies durch die Dienstvorschrift nicht ausdrücklich festgelegt ist, zu den Pflichten, welche jedem Beamten sein Amt auferlegt und eine Verletzung fällt daher unter den RBG. § 10 bezw. § 2 Ziff. 1 des Disziplinarges. v. 21. 7. 52, GS. 465. Sie fällt aber ohne Zweifel unter die Ziff. 2 dieses Paragraphen, insofern ein Beamter, welcher in oder außer dem Dienste die Achtung, die er vermöge seiner dienstl. Stellung und nach den Forderungen der guten Sitte seinem Vorgesetzten schuldet, verletzt und damit ein Verhalten an den Tag legt, durch welches er der Achtung, des Ansehens oder des Vertrauens, die sein Beruf erfordert, sich unwürdig zeigt. Hiernach ist jeder Untergebene verpflichtet, seinem Dienstvorgesetzten, in denj. achtungsvollen Formen zu begegnen, welche nach allgem. Sitte als der Ausdruck gesellschaftl. Höflichkeit gelten.

Was der Beamte für Familie u. Haushalt benötigt

A. KIEMLE
Frühlingstraße 13 **KARLSRUHE** Telephon 2354
Klubmöbel-Fabrik
Spezialität: 472
Klubfauteuils u. Sofas in sämtl. Leder- u. Stoffarten, Schreibstühle und Speisezimmerstühle
Stets Neuheiten. Bequeme Teilzahlung. Eigene Entwürfe

Spenglers Geschichts-Philosophie
Eine Kritik
Von
Prof. Dr. KARL SCHÜCK
Preis M. —.75
Verlag G. Braun, Karlsruhe i. B.

Kunsthandlung Wandschmuck
MOOS
für jeden Geschmack in reichster Auswahl
KAISERSTR. Nr. 187 TELEPHON Nr. 994
Eigene Werkstätte für Einrahmungen 406

Bezugsquellen für den Bedarf der Behörden

Stempel-Herdle
Waldstr. 44 KARLSRUHE Telefon 1133
Kautschuk-, Metall- und Signier-Stempel, Email- u. Metallschilder
Sämtliche Stempelutensilien CA474
Rascheste Lieferung
Laden: Kaiser-Allee 41. Telefon 3981

G. BRAUN GMBH KARLSRUHE
vormals G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag
Karlfriedrichstraße 14
Herstellung von Druckarbeiten
für staatliche und städtische Behörden

GEBRÜDER BACHERT
KARLSRUHE i. B.
Liststr. 5 Tel. 443 CA452
Glocken- und Metallgiesserei
Eisen- und Tempergiesserei

Druck G. Braun, Karlsruhe.